



Arm trotz Arbeit

Dr. Ulrich Walwei
Direktor und Professor

Berlin, 02. Oktober 2007

Arm trotz Arbeit

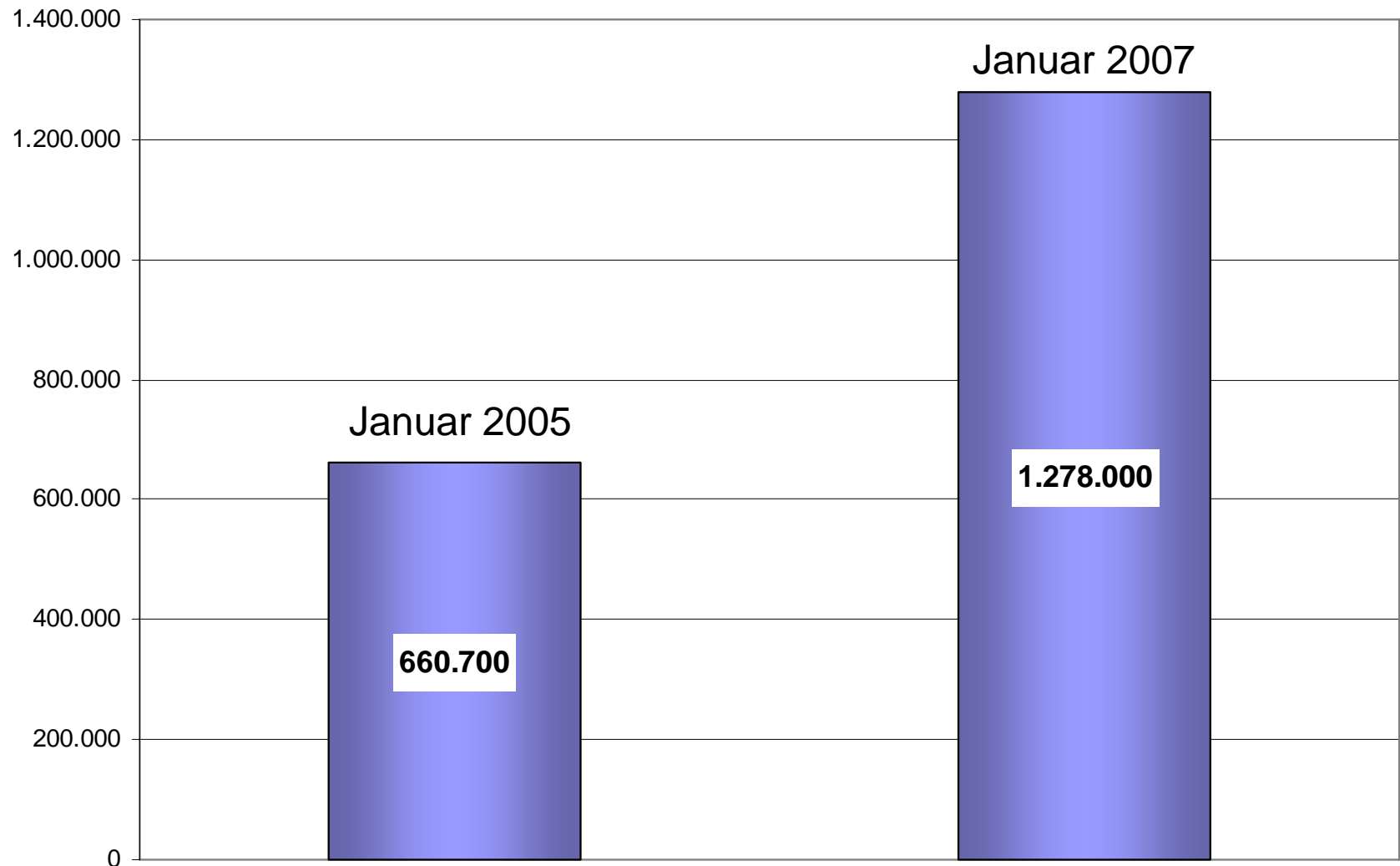
- Einstieg: Working poor als wachsendes Phänomen
- Niedriglohnbeschäftigung: Entwicklung und Übergänge
- Erwerbstätige Hilfebedürftige: Strukturen und Anreizprobleme
- Reformansätze: Mindestlöhne versus Kombilöhne

Vortrag im Rahmen des Bundeskongress SGB II am 02. Oktober 2007

Einstieg: Working poor als wachsendes Phänomen

Erwerbstätige Hilfebedürftige

- gesamt -

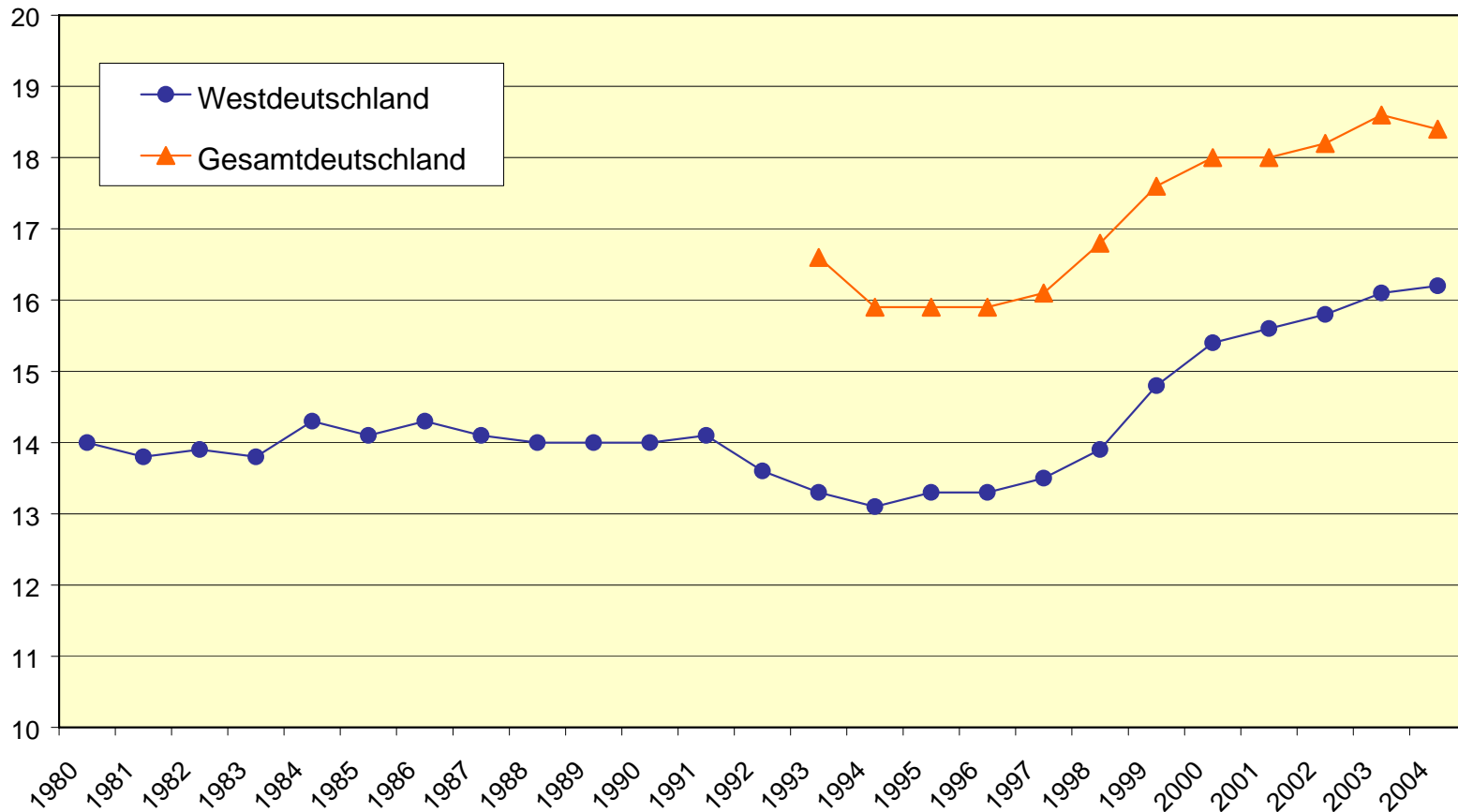


Niedriglohnbeschäftigung: Entwicklung und Übergänge

Was ist Niedriglohnbeschäftigung?

- Geringer Bruttomonatslohn (z.B. aufgrund von Teilzeitbeschäftigung) oder geringer Bruttostundenlohn
- **Absolut** geringer Bruttomonats-/Bruttostundenlohn oder **relativ** geringe Vergütung (z.B. gemessen im Abstand zum Durchschnittseinkommen)
- Gering entlohnte Beschäftigung als **Haupteinkommensquelle** oder als **zusätzlicher Verdienst** (Beachtung des Haushaltskontexts)

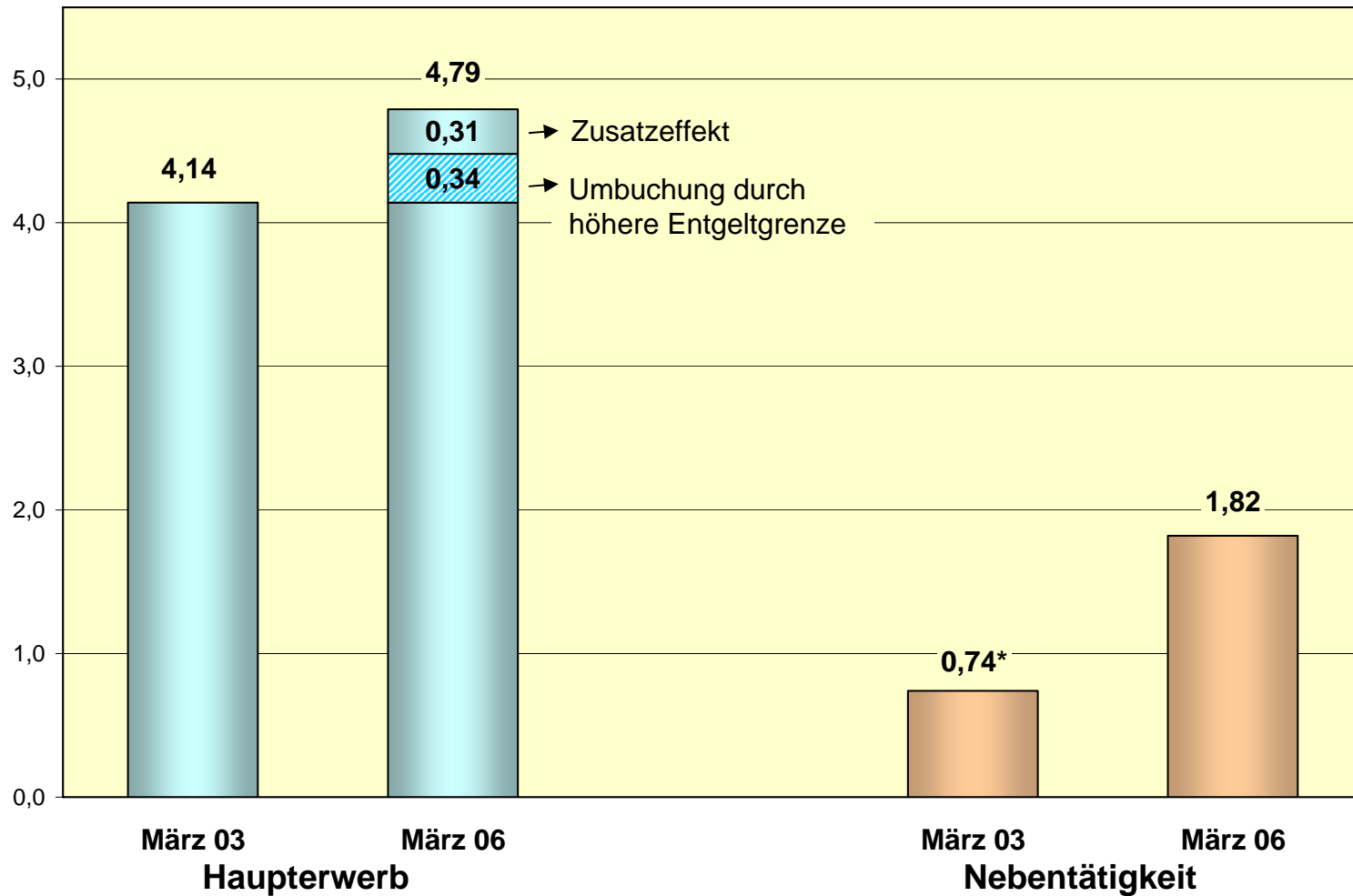
Entwicklung der relativen Größe des Niedriglohnsektors¹⁾ - in Prozent aller Vollzeitbeschäftigten -



1) Die Niedriglohnschwelle ist hier definiert als der Bruttotagesverdienst, der zwei Drittel des Medianlohns entspricht. Umgerechnet auf einen Jahresverdienst lag die Niedriglohnschwelle in Gesamtdeutschland für Vollzeitbeschäftigte im Jahre 2004 bei rund 20.660 €.

Quelle: Berechnungen des IAB (Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstatistik)

Entwicklung der Mini-Jobs seit dem 01.04.2003 - in Mio. Personen -



Erwerbstätige Hilfebedürftige: Strukturen und Anreizprobleme

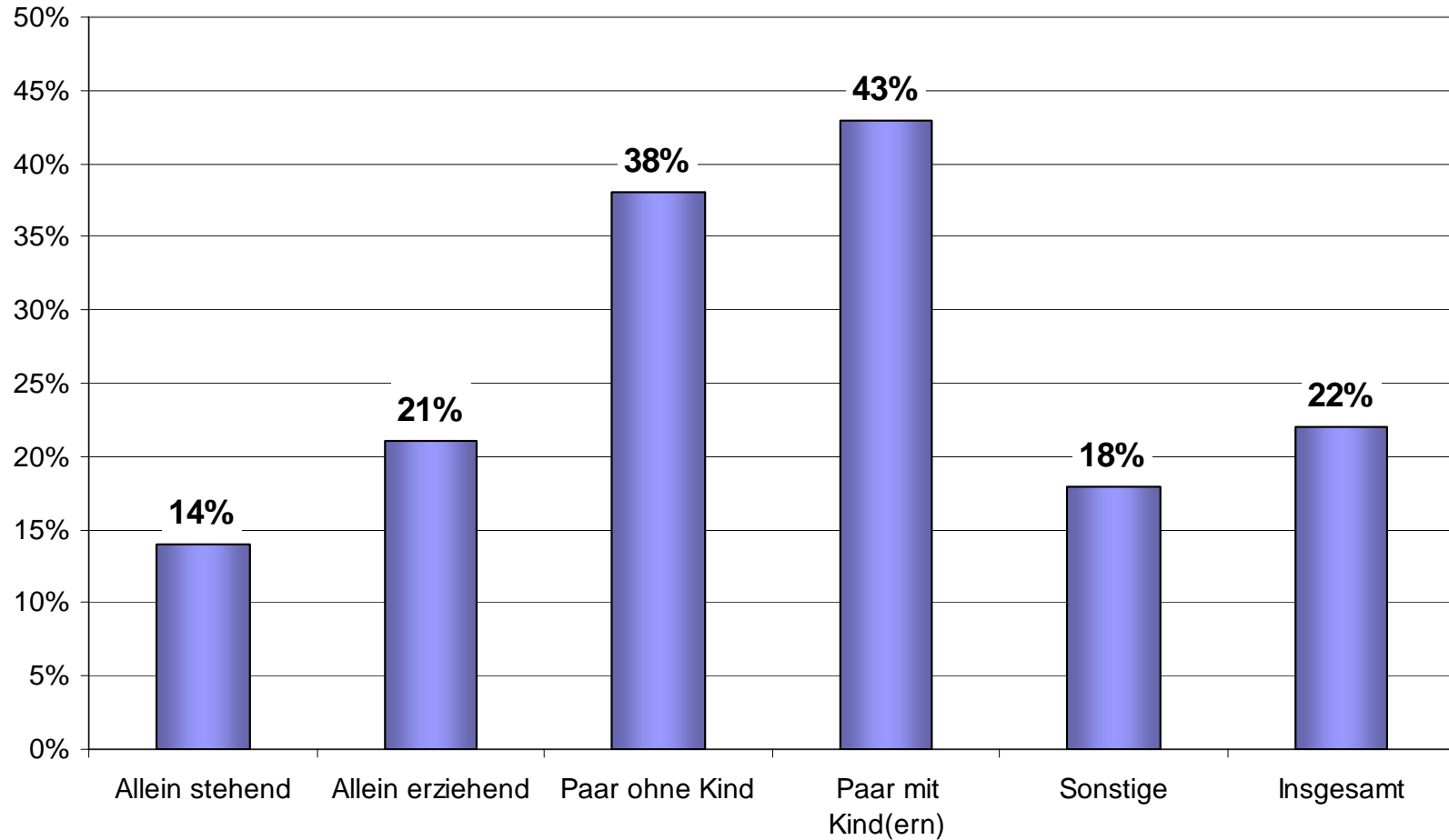
Hinzuverdienstregelungen im SGB II

Nettoeinkommen	Anrechnung auf Grundsicherung
Unter 100€	0%
Zwischen 100€ und 800€	80%
Zwischen 800€ und 1200€	90% (für Alleinstehende und Paare)
Zwischen 800€ und 1500€	90% (für Alleinstehende und Paare mit Kindern)

Quelle: SGB II

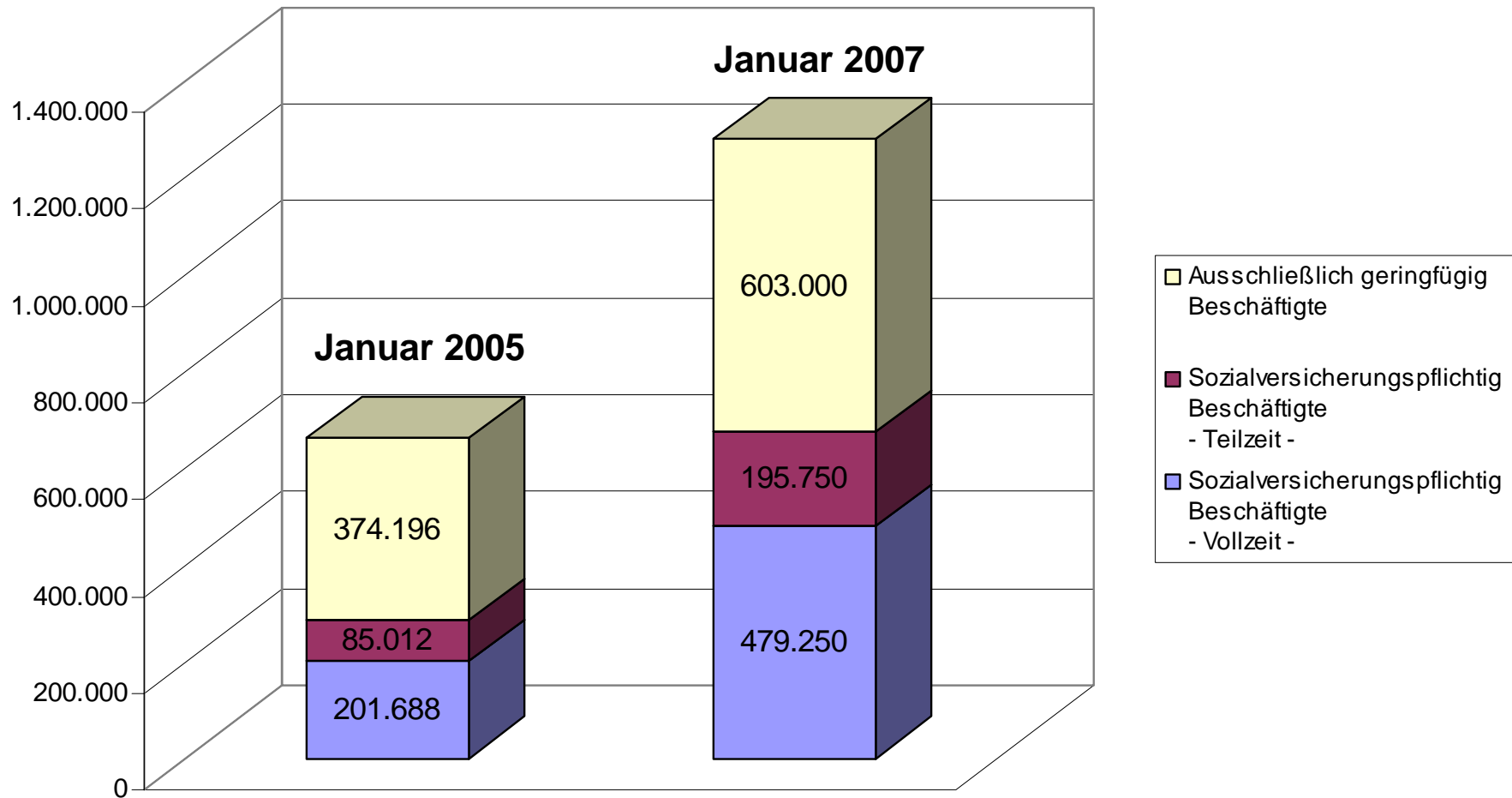
Bedarfsgemeinschaften mit mind. einem Beschäftigten

- in Prozent -



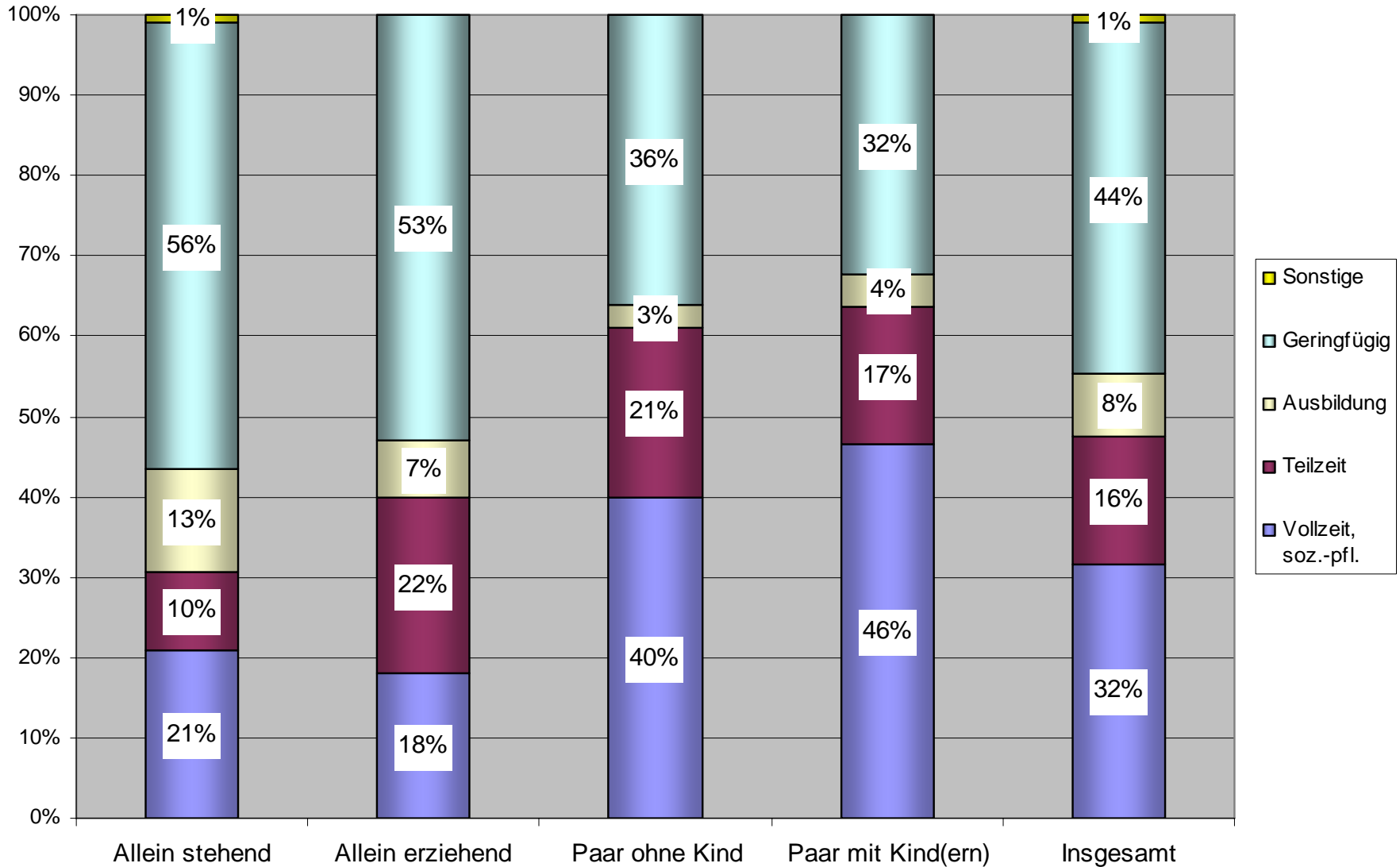
Erwerbstätige Hilfebedürftige

- aufgegliedert -



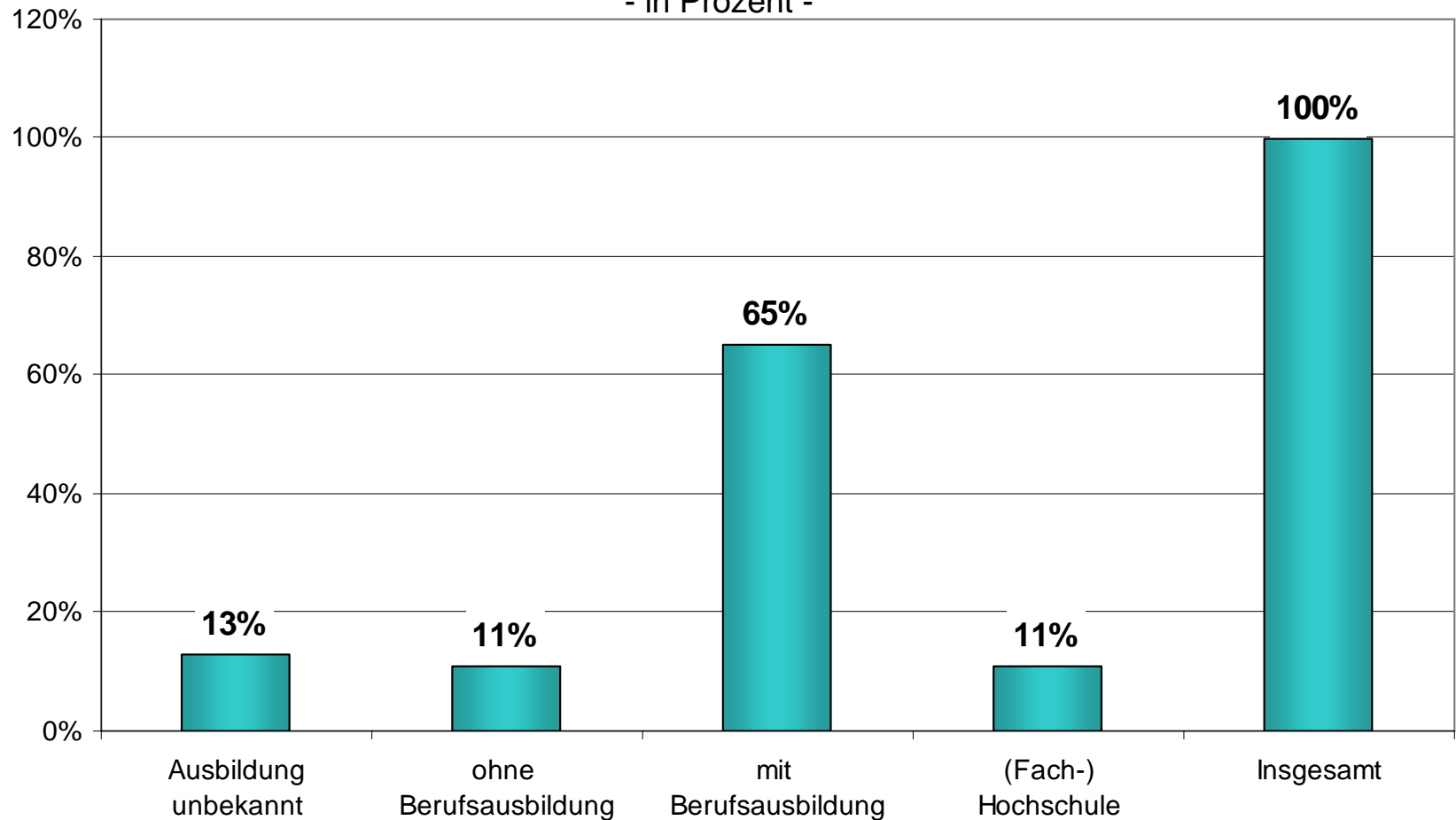
Quelle: IAB-FB10

Bedarfsgemeinschaften mit mind. einem Beschäftigten nach Art der Beschäftigung



Anteil der Haushalte mit mind. einem sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten nach Ausbildung

- in Prozent -



Transferbezug und Erwerbstätigkeit an der Bedürftigkeitsgrenze

Transferleistung für eHb (Arbeitslosengeld II)

- Regelsatz
(abh. von Haushaltsgröße;
evtl. befristeter Zuschlag)
- Soziale Sicherung
(KV, rudimentäre RV)
- Kosten der Unterkunft
(abh. von Haushaltsgröße)

Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen (nahe ALG II-Anspruch)

- Bruttolohn = Nettolohn,
Sozialabgaben und evtl.
Lohnsteuer
- Kindergeld und evtl. befristeter
Kinderzuschlag
- Wohngeldanspruch

Reformansätze: Mindestlöhne versus Kombilöhne

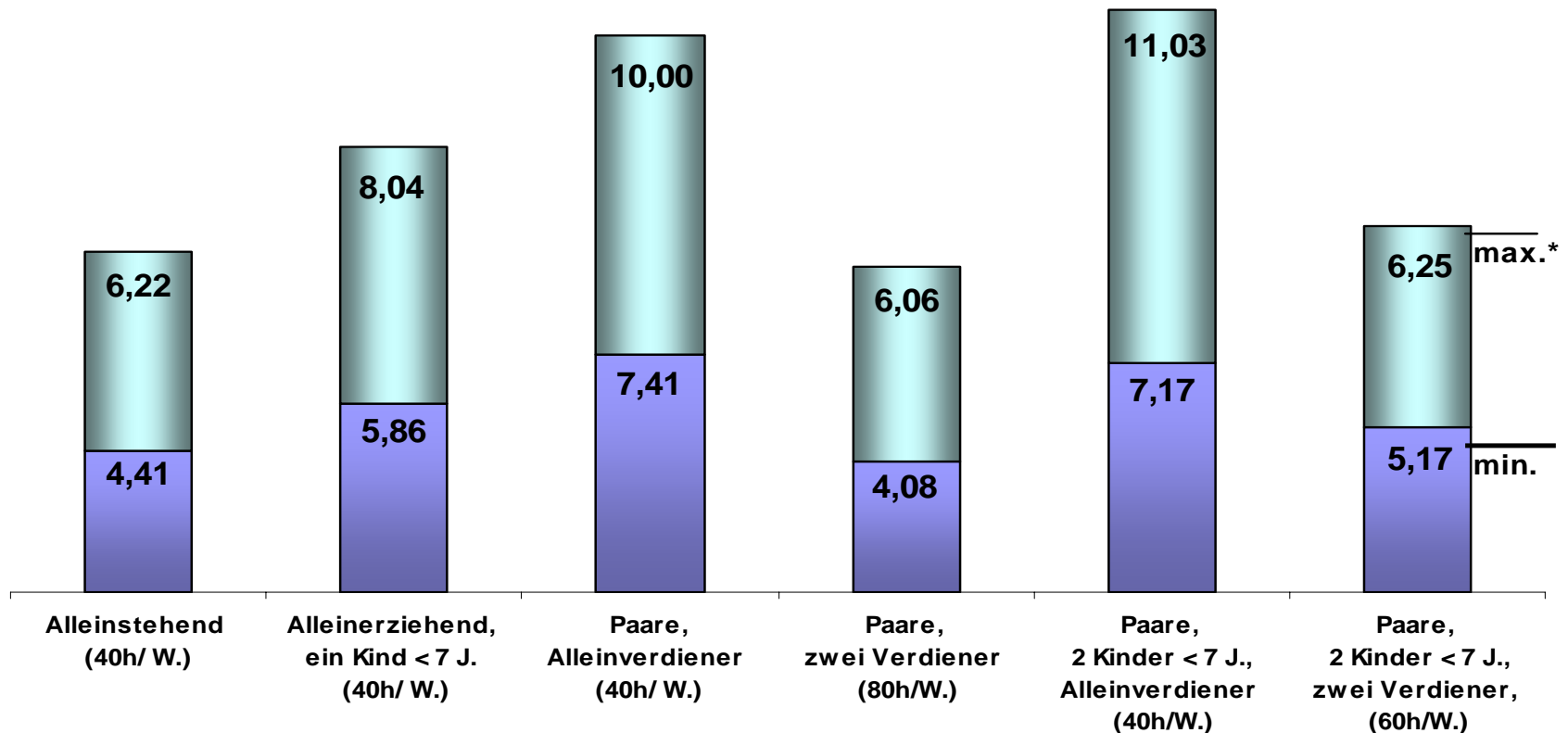
Anforderungen an Konzepte zur Neuordnung des Niedriglohnbereichs

- Stärkere Arbeitsanreize
- Höhere Beschäftigungsanreize
- Vermeidung von Zusatzlasten für öffentliche Kassen
- Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums für arbeitswillige Hilfeempfänger
- Chancen auf Aufwärtsmobilität

Arbeitslosengeld II und äquivalente Marktlöhne

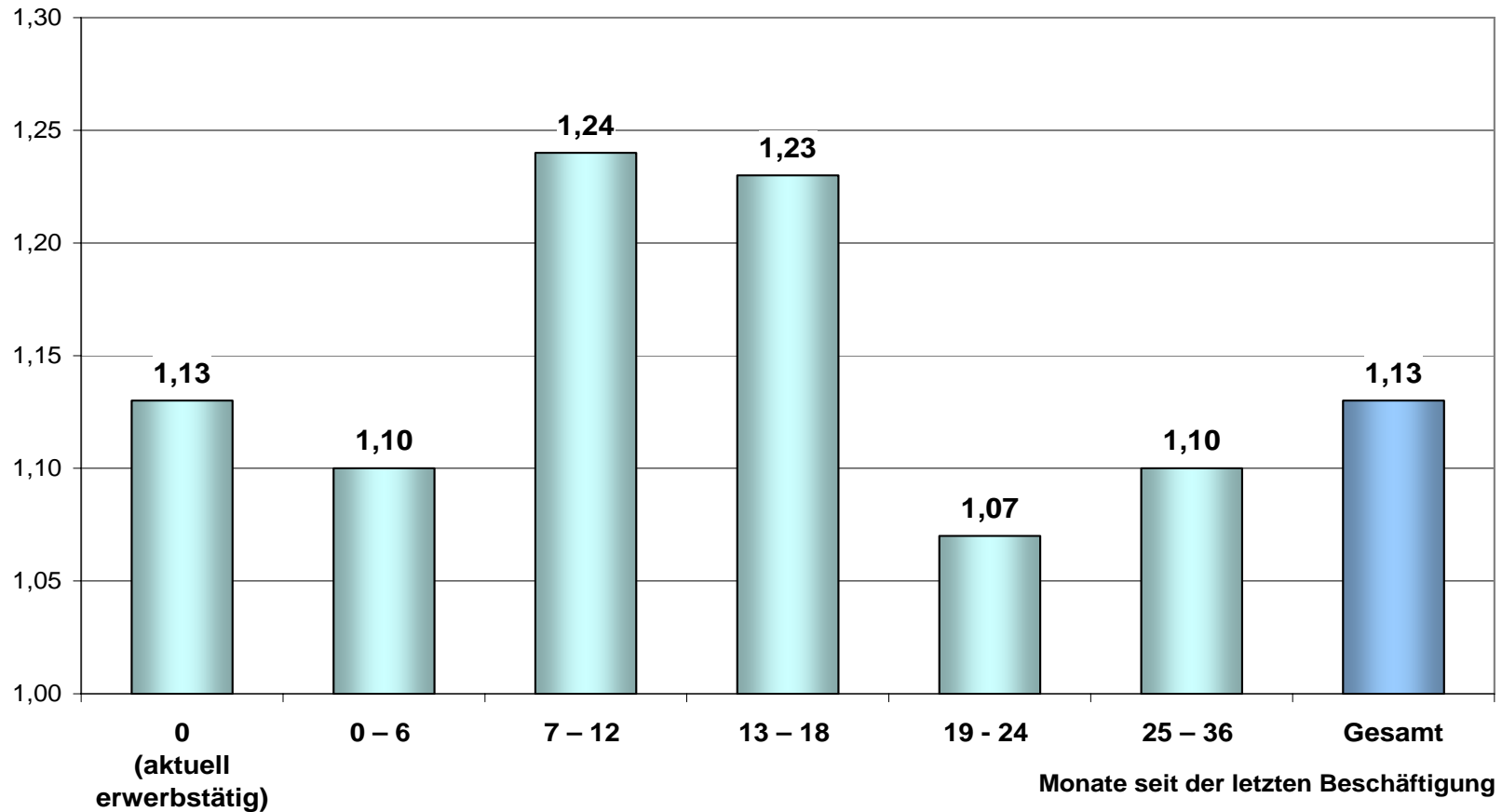
- Bruttostundenlohn bei unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten, in Euro -

* einschließlich maximalem befristeten Zuschlag



Lohnanspruch von ALG II-Empfängern im Vergleich zur letzten Vergütung nach Monaten seit der letzten Beschäftigung (klassiert)

- Reservation Wage Ratios (RWR) – Mittelwerte -



Konsequenzen zu hoher Mindestlöhne

- Beschäftigungssituation wettbewerbsschwächerer Arbeitnehmer verschlechtert sich: Entlassungsrisiko wächst und Einstellungschance sinkt
- Lohngefüge in Niedriglohnbranchen wird nach oben verschoben - mit negativen Folgen für das Beschäftigungsniveau
- Bei einer stark regulierten Arbeitsmarktordnung sind zu hohe Mindestlöhne ein zusätzliches Flexibilitätshemmnis
- Alternative: Existenzsicherndes Mindesteinkommen

SMWA-Gutachten (Bofinger, Dietz, Genders, Walwei 2006)

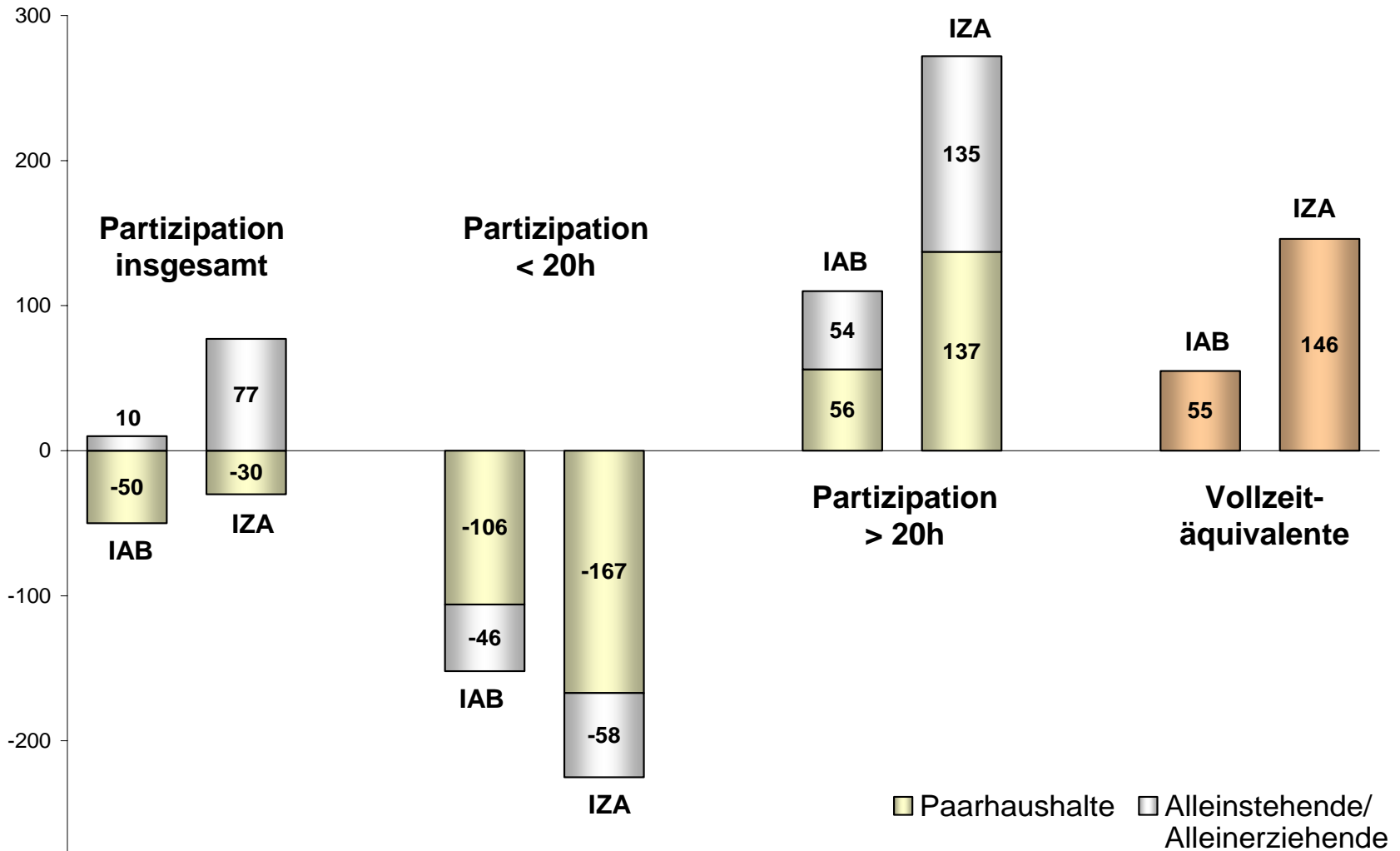
„Vorrang für das reguläre Beschäftigungsverhältnis“

Zentrale Elemente

- Modifizierter Hinzuverdienst: einheitliche Transferentzugsrate von 85% bei nicht-existenzsicherndem Einkommen
- Einkommensgeprüfter Sozialversicherungszuschuss an Arbeitnehmer durch Finanzamt (Mindesteinkommen von 750 € bei mindestens 30 h/Woche bei Ledigen; Gleitzone bis 1300 €; höhere Fördergrenzen bei Mehrpersonenhaushalten)
- Erhöhtes Kindergeld (Fördergrenze steigt um 400 € je Kind)
- Wegfall des „Mini-Job-Privilegs“

Simulierte Arbeitsangebotswirkungen des SMWA-Modells

- Simulationsrechnungen von IZA und IAB -



Fazit

- Förderung Existenz sichernder Einkommen bei hohem Eigenbeitrag
- Umfassende Überwachung der Suchaktivitäten und gezielte Arbeitstests anstatt einer flächendeckenden Workfare
- Belebung und Umschichtung der Nachfrage im Niedriglohnbereich durch Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose, Agenturen für haushaltsnahe Dienste, befristete Lohnsubventionen und dem Abbau des Mini-Job-Privilegs
- Vermeidung von Nachschub im SGB II durch präventive Bildungspolitik